neues deutschla
SOZIALISTISCHE TAGESZE
Freitag, 23. Februar 2018 73. Jahrgang/Nr. 46 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

Tunnelblick auf Syrien

Parteienvertreter im Bundestag kritisieren einseitige Sicht der Kanzlerin

Allein inmitten von Trümmern. Rollstuhlfahrer in der Stadt Douma im Rebellengebiet Ost-Ghuta Foto: Reuters/Bassam Khabieh

Berlin. Bei neuen Angriffen auf das syrische Rebellengebiet Ost-Ghuta nahe Damaskus sollen am Donnerstag erneut mindestens 13 Personen ums Leben gekommen sein. Der Krieg in Syrien war am selben Tag auch Thema im Bundestag, und einmal mehr spiegelte die Debatte eine sehr unterschiedliche Bewertung des Kriegsgeschehens wider. Kanzlerin Angela Merkel sagte während ihrer Regierungserklärung, »wir müssen alles, was in unserer Kraft steht tun, damit dieses Massaker ein Ende findet«.

Dem widersprachen Oppositionspolitiker nicht, kritisierten aber scharf, dass sich dieser Appell ausschließlich auf die syrische Regierung bezog, die Invasion türkischer Streitkräfte in kurdische Gebiete Nordsyriens jedoch mit keinem Wort erwähnt wurde.

»Es ist einfach ein Unding, dass sie in dieser Situation kein Wort zu der Aggression der Türkei in Nordsyrien verlieren«, sagte der Vorsitzende der LINKE-Fraktion Dietmar Bartsch. »Da wird ein völkerrechtswidriger Krieg geführt, und das erwähnen Sie hier nicht.« Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt kritisierte das ebenfalls, meinte jedoch, Bartsch müsse auch Russland als Verbündeten von Damaskus verurteilen.

Überhaupt stand Merkel mit ihrer Sicht auf den Syrien-Krieg ziemlich allein. SPD-Außenpolitiker Niels Annen widersprach der einen Tag zuvor von Regierungssprecher Steffen Seibert geäußerten These, es handele sich bei der türkischen Offensive um einen Akt der Selbstverteidigung. »Ich glaube nicht, dass das vom Völkerrecht gedeckt ist«, sagte Annen. Die Belagerung der Stadt Afrin sei »mehr als der legitime Einsatz gegen Terroristen«, sagte auch der CDU-Außenpolitiker Johann Wadephul ausdrücklich im Namen der gesamten Unionsfraktion. Dies müsse auch von deutscher Seite klar gesagt werden. *roe* *Seiten 4 und 8*

KOLUMNE

Türkischer Testballon

Das Bündnis mit Assad sollte nicht zum Bruch zwischen Kurden und ihren politischen Unterstützern führen, so Uli Cremer

Am 20. Januar begann die Erdogan-Regierung ihren militärischen Angriff auf die syrische Provinz Afrin. Die Region ist überwiegend von Kurden besiedelt und wird seit 2014 von diesen kontrolliert und verwaltet. Assad hatte damals angesichts der Bedrohung durch islamistische Gruppen in anderen Teilen Syriens seine Truppen aus Afrin zurückgezogen und akzeptierte die kurdische Selbstverwaltung dort.

Die Türkei brach mit ihrem Vorstoß Völkerrecht, da sie syrisches Territorium zu besetzen begann. Vom Bündnis mit Assad hatte sich die Erdogan-Regierung schon länger verabschiedet. Als Machtfaktor schien er offenbar nicht mehr relevant. Der türkische Angriff brachte die Kurden in eine bedrohliche Situation. Zwar konnten sie ihr Gebiet bisher verteidigen, aber gegen die militärische Übermacht der Türkei würden sie auf Dauer nichts ausrichten können. Um eine militärische Niederlage in Afrin abzuwenden, suchten die Kurden deswegen um militärische Unterstützung aus Damaskus nach. Die syrische Regierung folgte dem Hilferuf und schickte eigene Truppen nach Afrin. Damit haben die Kurden die Differenzen zwischen Ankara und Damaskus geschickt genutzt und das Überleben der kurdischen Afrin-Provinz erst einmal gesichert.

Über das Regime von Assad machen sich die Kurden nach der Jahrzehnte dauernden Unterdrückung keine Illusionen und werden deshalb ihre Selbstverwaltung nicht aufgeben. Der Vorteil der Assad-Regierung besteht andererseits im Zuwachs politischer Unterstützung. Denn militärisch mögen die Kurden Zwerge sein, aber politisch haben sie Gewicht. Sie genießen durch die große Anzahl kurdischer Exilanten viel Sympathie in den westlichen Gesellschaften – anders als das Assad-Regime.

Der türkische Angriff zog also ein Zweckbündnis zwischen Kurden und Assad-Regime nach sich – wenn auch unbeabsichtigt. Aber der Schauplatz Syrien wird nicht nur von den regionalen Akteuren bestimmt. Auch die Großmächte USA und Russland sind militärisch und politisch präsent. Die Kurden genießen bisher militärische Unterstützung der USA, so dass die Erdogan-Regierung sich eigentlich im Konflikt mit Washington befindet. Damit ist die NATO in dem Konflikt nicht handlungsfähig. Ziel der Türkei ist es, die Trump-Regierung von der Unterstützung der Kurden abzubringen. Alle Bündnisbeziehungen stehen für Trump auf dem Prüfstand. Der Einmarsch in Afrin ist ein türkischer Testballon: Wie haltbar ist das US-kurdische Bündnis? Lässt sich dieses nach dem Amtswechsel im Weißen Haus aufbrechen? Ein türkischer Erfolg in Afrin könnte die Bündnisachse Ankara-Washington neu justieren.

Uli Cremer ist Sprecher der Grünen Friedensinitiative und Herausgeber mehrerer friedenspolitischer Bücher. Foto: privat

Welche Rolle spielt Russland? Es hat sich in dem Konflikt inzwischen sehr aktiv eingebracht und stützt das Assad-Regime nach Kräften. Die Kurden sind für Russland weniger wichtig. Aber als Bündnispartner von Assad können sie auf Unterstützung aus Moskau zählen. Hier lässt sich ein weiterer Grund für den kurdischen Schritt Richtung Assad ausmachen. Denn der andere große Player, die USA, sind seit Trumps Machtantritt unberechenbar geworden. Ob sie die Kurden weiter unterstützen ist unsicher. Durch das Bündnis mit Assad begeben sich die Kurden gleichzeitig unter den Schutzschirm Russlands.

Insofern ist der kurdische Schwenk Richtung Assad realpolitisch nachvollziehbar. Damit stellen die Kurden sich auf die neue weltpolitische Lage ein und versuchen ihr Überleben zu sichern. Sie halten eben nicht alle Trümpfe in der Hand. Was wäre ihre Alternative? Auf Hilfe der Trump-Regierung zu setzen? Doch wie verlässlich wäre diese? Denn könnten die Kurden sich wirklich auf Trump verlassen?

Das Bündnis mit Assad sollte deswegen nicht zum Bruch zwischen Kurden und ihren bisherigen politischen Unterstützern im Westen führen. Diese sollten vielmehr die prekäre Lage der Kurden zur Kenntnis nehmen. Der moralische Zeigefinger hilft da wenig. Wer jetzt den Kurden das Bündnis mit dem Regime Assads vorwirft oder den machtpolitischen Gewinn Russlands beklagt, bleibt leider die Antwort auf die Frage schuldig, wie sich die Kurden denn sonst gegen den mit deutschen Leopard-Panzern geführten türkischen Angriff wehren sollen.

Peinlich wird dieser Vorwurf dann, wenn er von jenen Parteien kommt, die in den letzten Tagen der rot-grünen Bundesregierung die Lieferung eben dieser Panzer an die Türkei abgesegnet hatten.

Ein Sechseck, gefüllt mit Blut und Tod

In Syrien bilden sich neue Frontlinien – können die UN einen Waffenstillstand für Ost-Ghuta vermitteln?

Kanzlerin Merkel hat das Vorgehen der syrischen Regierung gegen das eigene Volk scharf verurteilt. Das sei ein Massaker. Richtig. Doch ist die Parteinahme wenig hilfreich angesichts der komplizierten Lage.

Von René Heilig

Trauer in Afrin um getötete Familienmitglieder, die im Zuge der Gefechte mit dem türkischen Militär ums Leben kamen Foto: dpa/Kyodo

Es gibt derzeit wohl keinen Kriegsschauplatz, der unübersichtlicher ist als der in Syrien. Kollegen von dpa haben versucht, das Geflecht in eine Grafik zu fassen. Herausgekommen ist ein Hexagon. Als Beteiligte genannt: die syrische Regierung, die von den Volksverteidigungseinheiten (YPG) vertretenen Kurden, syrische Rebellen sowie Russland, die USA und die Türkei.

Der Versuch, Übersicht zu erzeugen, ist ehrenwert. Doch reichen dazu sechs Ecken und Pfeile, die je nach Farbe ein Mit- oder ein Gegeneinander symbolisieren, nicht. Beispielsweise fehlen wesentliche beteiligte Parteien wie Iran – samt Hisbollah – und Israel. Auch die modifizierten saudischen Aktivitäten in Syrien sind schwer in das Sechseck zu zeichnen.

Ein aktueller Brennpunkt ist Ost-Ghuta. Die Region liegt nahe der Hauptstadt Damaskus. Seit dem Wochenende erleiden die dort ums Überleben kämpfenden annähernd 400 000 Menschen – bewaffnete Islamisten wie Zivilisten – eine der bislang blutigsten Angriffswellen seit Beginn des Bürgerkriegs 2011.

In den vergangenen drei Tagen kamen zumeist bei massiven Luftangriffen syrischer Regierungstruppen mindestens 270 Menschen ums Leben. 1200 weitere wurden verletzt, melden Agenturen und berufen sich auf »Aktivisten« und die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte, die fernab in London parteiisch gegen das Regime von Baschar al-Assad Meinungen produziert. Wer halbwegs ehrlich Opferzahlen benennen will, kann angesichts der Bilder nur von fürchterlich vielen Toten und Verwundeten sprechen. Der Vergleich mit dem Elend von Aleppo im Jahr 2016 ist gerechtfertigt.

Das Ghuta-Gebiet wird noch von dem radikal-salafistischen Bündnis Dschaisch al-Islam kontrolliert. Dahinter verbergen sich 43 Organisationen unter Führung der Terrormiliz Liwa al-Islam. Zuletzt geriet Ost-Ghuta 2013 in Schlagzeilen. Es ging um einen Chemiewaffenangriff. Die UNO wies den Einsatz von Sarin nach, das mit Raketen in die Stadt geschossen worden war. Im Herbst wurde Ost-Ghuta von Iran, Russland und der Türkei zu einer von vier Deeskalationszonen erklärt. Das Problem? An der Entscheidung waren weder die Regierung in Damaskus noch die mit ihr verfeindeten Rebellen beteiligt.

Warum eskaliert die Lage in Ost-Ghuta gerade jetzt, schließlich ist die Region seit Jahren unter der Kontrolle von Rebellen und bereits seit Monaten von Regierungstruppen eingeschlossen? Nach der weitgehend gelungenen militärischen Zerschlagung des Islamischen Staates (IS) entstanden mehrere Regionen mit Machtvakuum. Die verbliebenen Parteien versuchen, sich eine gute Ausgangsposition zu verschaffen, sollte es in naher Zukunft zu einem Waffenstillstand und substanziellen politischen Gesprächen über eine Nachkriegsordnung kommen. Es ist leicht nachvollziehbar, dass Assad vor seiner Hauptstadt »klare Verhältnisse« schaffen und Ost-Ghuta zurückerobern will. Die Bodenoffensive könne »jeden Moment beginnen«, schrieb die Damaszener Zeitung «Al-Watan» am Dienstag.

Moskau weist alle aktuellen Vorwürfe der USA und aus der UNO zurück. Weder Russland noch Iran beteiligten sich an den Kämpfen um Ost-Ghuta. Für 18 Uhr (Ortszeit) war am Donnerstag eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates zur dortigen Lage geplant. Ziel ist, so Nachrichten aus Moskau, einen Waffenstillstand zu vermitteln.

Bedrohlich ist die Situation auch im Norden Syriens. Dort geht die türkische Armee weiter gegen Stellungen der YPG vor. Noch vor kurzem waren deren Kämpfer die besten Fußtruppen der USA im Kampf gegen den IS. Ein Bündnis auf Zeit. Dass es nun noch zu einer direkten Konfrontation zwischen den NATO-Partnern Türkei und USA kommt, ist relativ unwahrscheinlich. Vor allem, weil Ankara wie Washington noch immer hoffen, das Assad-Regime beseitigen zu können, um Russland aus der Region zu drängen.

Vor ein paar Tagen rückten syrische Regierungstruppen zur – noch symbolischen – Unterstützung der Kurden in deren de facto autonomes Gebiet vor. Dass aus dem bisherigen Burgfrieden zwischen YPG und Assad nun eine Waffenbrüderschaft wird, ist unwahrscheinlich. Eher bilden sich neue, zusätzliche Fronten.